



## Workshop für Journalisten

# Europäische Demokratie und Bürgerbeteiligung

## Meinungsaustausch zur Wahlreform und zur europäischen Bürgerinitiative

29. September 2010

14:00 - 18:00 Uhr

Raum 7 C 050, Gebäude PHS, Europäisches Parlament, Brüssel

### Programmewurf

14:00 Ankunft und Anmeldung (Presseingang des Europäischen Parlaments, rue Vautier)

14:30 **Eröffnung**

Einführung zum Workshop:

*Yannis Darmis, Paula Fernández Hervás, Pressedienst*

Kontext, aktueller Stand und Vorgehen:

*Sanna Kangasharju, Presseattaché für institutionelle Fragen*

Ab 15:15: **Runder Tisch mit Europaabgeordneten**

Teilnehmer:

*Rafał TRZASKOWSKI (EVP, Polen), Vizepräsident des Ausschusses für Konstitutionelle Fragen (AFCO)*

*Zita GURMAI (S&D, Ungarn), Vizepräsidentin AFKO, Berichterstatterin für die Bürgerinitiative*

*Andrew DUFF (ALDE, GB), Koordinator, Berichterstatter für die Wahlreform*

*Gerald HÄFNER (Grüne/EFA, DE), Koordinator, PETI Berichterstatter für die Bürgerinitiative*

*Ashley FOX (ECR, GB), Koordinator, Schattenberichterstatter für die Wahlreform*

*Helmut SCHOLZ (GUE/NGL, DE), Schattenberichterstatter für die Wahlreform*

*Morten MESSERSCHMIDT (EFD, DK), Vizepräsident AFKO, Koordinator, Schattenberichterstatter für die Wahlreform*

*Moderator: Michel Plumley, Pressedienst*

15:15 - 16:15

**Die Bürgerinitiative**

Wie wird dieses Mittel die Einbindung der Bürger in den demokratischen Prozess stärken? Wie wird die Bürgerinitiative in der Praxis funktionieren? Welche Rolle spielt das Europäische Parlament in diesem Zusammenhang? Wie viele Unterschriften aus wie vielen Ländern sind notwendig, um eine Bürgerinitiative zu starten?

16:30 - 18:00

**Die Wahl der Europaabgeordneten: Ein neues Wahlgesetz für das Europäische Parlament?**

Das Wahlgesetz des Europäischen Parlaments: aktuelle Situation und mögliche Änderungen

18:00 **Abschluss**

Cocktailempfang

Kontakte des EP Presseservices:

Paula Fernández Hervás 00 32 498 98 32 36

Michel Plumley 00 32 498 98 32 38

Sanna Kangasharju 00 32 498 98 33 86

Yannis Darmis 00 32 2 28 43816



## Hintergrund

**Die Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung in Europa wird sich durch zwei wichtige Neuerungen verändern. Der Pressedienst des Europäischen Parlaments organisiert daher einen Workshop für Journalisten zu diesen zwei Themen: *Die Bürgerinitiative* und *Die Reform des Europäischen Wahlgesetzes*. Der Workshop findet einen Tag vor dem Gemeinsamen Parlamentarischen Treffen mit den nationalen Parlamenten zu den beiden Themen statt, an dem die Journalisten ebenfalls teilnehmen können.**

### *Die Europäische Bürgerinitiative*

Die Europäische Bürgerinitiative fügt dem demokratischen System der EU eine neue Dimension hinzu. Der Vertrag von Lissabon sieht vor, dass die Europäische Kommission zu einer Gesetzesinitiative innerhalb ihrer Kompetenzen aufgefordert werden kann, wenn sich mindestens eine Million Bürger der Bürgerinitiative anschließen. Dieses Instrument direkter Demokratie soll die Bürger mit einem Aufforderungsrecht ausstatten, über das der Ministerrat und das Europäische Parlament bereits verfügen. Ob die Kommission ein neues Gesetzesvorhaben vorlegt, entscheidet aber allein die Kommission.

Die Bürgerinitiative soll Debatten auf europäischer Ebene unterstützen und eine "Verbindung" zwischen den Europäischen Institutionen und den Bürgern schaffen. So sollen Gesetze entstehen, die den Bedürfnissen und Wünschen der Bürger entsprechen. Bevor die Bürgerinitiative von den Bürgern genutzt werden kann, müssen dafür die im Vertrag von Lissabon festgelegten gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Die Kommission hat dazu eine Gesetzesinitiative vorgelegt. Der Rat hat seine Position bereits verabschiedet, nun muss das Parlament den Vorschlag bewerten und gegebenenfalls Änderungen vorschlagen. Dafür sind zwei Ausschüsse zuständig: der Ausschuss für Konstitutionelle Fragen als leitender Ausschuss mit den Berichterstattern Alain Lamassoure und Zita Gurmai und der Petitionsausschuss mit den Berichtstattern Gerald Häfner und Diana Wallis als assoziierter Ausschuss. Das Plenum wird wahrscheinlich im Dezember 2010 oder Anfang 2011 über die Initiative abstimmen.

### *Die Reform des Gesetzes zur Wahl des Europäischen Parlaments*

Zurzeit wird im Europäischen Parlament die Möglichkeit diskutiert, das Wahlgesetz der Europawahlen zu reformieren. Das Parlament hat das Initiativrecht für solche Änderung. Bisher werden die Europawahlen überwiegend entsprechend der nationalen Gesetze und Traditionen organisiert. Es wurden einige gemeinsame Regeln in der Wahlverordnung von 1976 festgelegt, die zuletzt 2002 angepasst wurde. So müssen alle Mitglieder in den Mitgliedsländern nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Es gibt aber auch unterschiedliche Regeln, etwa in Bezug auf das Wahlalter oder die Voraussetzung für eine Kandidatur.

Berichterstatter Andrew Duff hat wesentliche Änderungen der Wahlgesetzgebung vorgeschlagen, um ein neues Wahlsystem bis zu den Europawahlen 2014 umzusetzen. Demnach soll es paneuropäische Wahlkreise geben, aus denen 25 zusätzliche Europaabgeordnete entsendet werden sollen. Jeder Bürger würde demnach zwei Stimmen haben: Eine Stimme, um einen regionalen oder nationalen Vertreter zu wählen und eine weitere Stimme, um einen Kandidaten von der transnationalen Liste zu wählen. Eine EU-Wahlbehörde sollte dabei die Ergebnisse der EU-weiten Listen auswerten. Duff hat außerdem vorgeschlagen, dass alle Länder mit mehr als 20 Millionen Einwohnern in territoriale Wahlkreise aufgeteilt werden. Zudem sollen alle Wähler zwischen Vertretern einer Parteienliste und individuellen Kandidaten wählen dürfen. Die Sitze des Parlaments würden entsprechend der degressiven Proportionalität verteilt.

Die Änderungsvorschläge sehen auch vor, dass die Europawahlen von Juni auf Mai vorverlegt und die Wahltage auf Samstage und Sonntage beschränkt werden. Das vorgeschlagene Mindestwahlalter soll auf 16 Jahre (zurzeit ist das nur in Österreich der Fall) und das Alter, das zur Kandidatur berechtigt auf 18 Jahre festgelegt werden (zurzeit ist das in zwölf Mitgliedsstaaten der Fall).

Um diese unterschiedlichen Vorschläge umzusetzen, müssten mehrere Rechtsinstrumente und -prozeduren eingesetzt werden. Auch der Vertrag von Lissabon müsste angepasst werden, wofür wiederum eine intergouvernementale Konferenz der Mitgliedsstaaten notwendig wäre. Berichterstatter Duff schlägt vor, dass ein Konvent organisiert werden solle, der alle Institutionen und nationalen Parlamente in die Debatte über die Parlamentsreform einbezieht.